

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Auftrag der Armee muss der Bedrohungslage gerecht werden.
Von Nationalrat Thomas Hurter

Seite 4



Massive Strompreiserhöhungen gefährden Wirtschaft und Private.
Von Nationalrat Guy Parmelin

Seite 7



Nein zur Hanfinitiative!
Von Nationalrat Simon Schenk!

Seite 13

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 57 263 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 10/2008

Machterhalt als Regierungsprogramm
Nationalrat Toni Brunner S. 3

Der Armee-Auftrag
Interview mit Nationalrat Toni Bortoluzzi S. 5

Scheinliberalisierung und zusätzliche Abgaben, Konsumenten als Verlierer
Nationalrat Hans Killer S. 8

Rückblick auf die Herbstsession 2008
Urs Martin S. 9

Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Toni Brunner
Nationalrat Caspar Baader S. 10

Klare Voten gegen die untaugliche Drogenpolitik des Bundes
Alain C. Hauert S. 12

Verbandsbeschwerderecht gefährdet Arbeitsplätze – darum Ja zur Abschaffunginitiative
Nationalrat Peter Spuhler S. 14

Verzichten ist anstrengend
Rösli Zuppiger S. 15

Reklame

Wir machen aus Kunden Winner.

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Landesverteidigung als Kernauftrag der Armee

Die Schweiz verdankt ihren weltweit anerkannten Ruf als Insel der Stabilität nicht zuletzt der Tatsache, dass die Bürger im Rahmen der Milizarmee persönlich die Sicherheit des Landes gewährleisten. Eine starke, moderne Armee schafft Sicherheit und Stabilität in unserem Land. Zum heutigen Zeitpunkt jedoch steckt das Verteidigungsdepartement in einer tiefen Krise. Armeeführung und Bundesrat sind offensichtlich nicht in der Lage, einen klaren Auftrag zu Händen der Truppen zu formulieren. Auslandseinsätze und subsidiäre Aufgaben im Inland werden zum Inhalt des militärischen Tagesgeschäfts. Ihre Kernaufgabe, die Landesverteidigung, kann die Armee aktuell aber kaum noch erfüllen.

Dieser Zustand ist besorgniserregend. Deshalb ist nun ein Marschhalt angesagt und die Armee wieder klar auszurichten. Mit dem Fokus auf ihren primären Auftrag, den Schutz unserer Bevölkerung und unseres Landes. Damit wir in Zukunft wieder eine Armee haben, die unser Vaterland verteidigen kann!



Die Schweizer Armee braucht eine Neuausrichtung – Landesverteidigung hat oberste Priorität

..... Expl.	SVP-Fussball NEU	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look» NEU	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe NEU	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 25.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Alain Hauert

Inserate: Alain Hauert

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Silvia Bär, Generalsekretärin SVP Schweiz ad interim, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Machterhalt als Regierungsprogramm



Es wird immer offensichtlicher: Es steht schlecht um die Führung unseres Landes. Selbst die Medien, die gerne eine unkritische Hofberichterstattung pflegen, vermögen die verhängnisvollen Schwächen des Gesamtbundesrates nicht mehr länger vollständig auszublenden.

Aber weder der Bundesrat noch die ihn stützende Mitte-links-Koalition sind bereit, über die Bücher zu gehen und ihre Politik zu hinterfragen. Stattdessen werden nervöse Anschuldigungen an die SVP erhoben. Oder es wird heruntergespielt und verharmlost, schöneredet und totgeschwiegen. Die Probleme ignorieren, die Krisen aussitzen – das ist die Handlungsmaxime der regierenden SP-CVP-FDP-Allianz. Nicht erstaunlich, denn das Regierungsprogramm umfasst nur einen einzigen Punkt: Machterhalt gegen die SVP. Darauf haben sich die Koalitionspartner eingeschworen. Diesem Ziel wird alles untergeordnet. Darum decken sie sich gegenseitig. Zu ihrem eigenen Nutzen. Aber zum Schaden des Landes.

Aussenministerin Calmy-Rey ruiniert den Ruf der Schweiz – sei es die Anerkennung des Kosovo, seien es die unglücklichen Vermittlungsversuche in Kolumbien oder sei es ihr Gesprächsangebot an Bin Laden. Sie plumpst von Fettnapf zu Fettnapf, manövriert die Schweiz in nachteilige Situationen oder gibt unser Land weltweit der Lächerlichkeit preis. Aber weder der Bundesrat noch die Regierungsparteien ziehen die Notbremse. Denn schliesslich ist die Aussenministerin Teil der Machtbewahrer.

Selbst die Führungskrise im VBS ist im Bundesrat selber kaum ein Thema. Man verschliesst die Augen vor den offensichtlichen Führungsmängeln, klärt den Auftrag der Armee nicht und unternimmt auch nichts gegen die offensichtlichen Missstände in der Armee, unter denen die Truppen zunehmend leiden. Unwahrheiten, Vertrauensbruch und Skandale heissen in der neuen bundesrätlichen Ausdrucksweise nun «Unfall». Auch hier gilt: Das Landesinteresse wird kalt dem Machtin-

teresse geopfert. Aber was die politische Klasse nicht sehen will, das sehen die Bürgerinnen und Bürger: Sie sehen, dass es so nicht weitergehen kann!

Es wird von Tag zu Tag deutlicher, dass der Bundesrat in seiner jetzigen Zusammensetzung seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Es zeigt sich, dass die, welche im letzten Dezember die SVP aus der Regierung geworfen und so gierig nach der Macht gegriffen haben, nicht in der Lage sind, auch die damit verbundene Verantwortung zu schultern.

Werbung

**WWW.
wahl-plakate
.ch**

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Thomas Hurter, Schaffhausen

Defensivarmee zur Sicherung der Landesverteidigung und der Neutralität

Wie klar waren die Zeiten, als man noch von West gegen Ost oder Blau gegen Rot redete. Vor dem Fall der Mauer war unsere Armee auf einen eindeutigen Gegner ausgerichtet. Doch diese Zeiten sind definitiv vorbei. Mit den veränderten Machtverhältnissen wurde es immer schwieriger, die Schweizer Armee auszurichten. Man suchte neue Betätigungsfelder und setzte die Armee zunehmend für Auslandseinsätze und Botschaftsbewachungen ein. Gleichzeitig wurden der Armee immer mehr Mittel entzogen, so dass das noch vorhandene Geld von den Betriebskosten aufgefressen wurde und es kaum mehr für Investitionen reichte. Da der offensichtliche Feind fehlt, missbraucht jede Organisation und Partei die Armee für ihre Zwecke. Der längst überholte Sicherheitsbericht aus dem Jahre 2000 mit Inhalten aus dem letzten Jahrhundert bringt keine Klarheit, so dass die Armee immer mehr zum Spielball für jeden und für alles wird. Dabei ging vergessen, für was unsere Armee steht. Unsere Armee leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes. Sie garantiert uns Unabhängigkeit und Neutralität. Die Milizarmee ist Teil der Bevölkerung und wird durch diese getragen. Damit die Armee ihrem verfassungsmässig ge-



benen Auftrag wieder gerecht werden kann, ist eine aktualisierte Analyse des Gefährdungs- und Bedrohungspotenzials sowie eine Analyse der eigenen Fähigkeiten dringend erforderlich. Darauf basierend müssen sicherheitspolitische Strategien entwickelt werden. Und schliesslich braucht es für eine gut bewaffnete, ausgerüstete und ausgebildete Armee die nötigen Ressourcen.

Die Bedrohungslage verändert sich laufend

Wie präsentiert sich die heutige Bedrohungslage? Seit dem Ende des kalten Krieges erleben wir heute keine direkte Bedrohung mehr. Die direkte Landesverteidigung ist tatsächlich in den Hintergrund gerückt. In den letzten Jahren fing man sogar an zu glauben, dass Kriege in Europa unmöglich seien. Leider wurden wir in den vergangenen Monaten mit der russischen Invasion in Georgien eines Besseren belehrt. Krieg ist auf der ganzen Welt allgegenwärtig. Die Terroranschläge, die seit dem 11. September 2001 eine neue Dimension haben, könnten auch die Schweiz

treffen. Deshalb muss unsere Armee für Terrorismusabwehr, Grenzschutz, Überwachung des Luftraumes, Bevölkerungsschutz, Schutz wichtiger Einrichtungen etc. einsatzbereit sein. Nationale Interessen steuern je länger, je mehr das Handeln der Grossmächte. Weltweite Probleme wie zum Beispiel Mangel an Ressourcen, steigender Energiebedarf, Verknappung der Wasser- und Nahrungsmittelvorräte sowie Migrationen werden auch in Europa und in der Schweiz die sicherheitspolitische Lage in Zukunft verändern und zu Instabilitäten führen. Wir müssen also weitaus flexibler sein als in früheren Jahren und dürfen uns nicht zu sehr vom Traum des Weltfriedens beeinflussen lassen. Denn Machtansprüche wird es immer und überall geben.

Der Auftrag muss der Situation angepasst werden

Unsere Milizarmee hat heute folgende Aufträge: Raumsicherung und Verteidigung, Existenzsicherung und Friedensförderung. Die Milizarmee muss aber wieder vermehrt als Defensivarmee ausgerichtet werden, denn sie ist keine weltweit einsetzbare Interventionstruppe. Eine Defensivarmee bedeutet aber nicht, dass wir zu einer Armee wie vor 30 Jahren zurückkehren. Vielmehr beinhaltet eine zeitgemässe Defensivarmee, dass wir unsere Armee zum primären Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Die Armee muss in der Lage sein, Luftpolizeidienst zu leisten, Räume, Objekte und Achsen in der Schweiz zu sichern, auf Ersuchen der zivilen Behörden bei Katastrophen zu helfen und einen begrenzt konventionellen Angriff abzuwehren. Die in den letz-

ten Jahren innerhalb der Armee aufgetretenen Mängel (Personal, Kader, Logistik etc.) müssen vom VBS nicht nur aufgezeigt, sondern auch gelöst werden. Unsere Armee muss wieder auf die Kernaufgaben ausgerichtet werden, wozu – wie erwähnt – eine aktuelle Bedrohungsanalyse und daraus abgeleitete sicherheitspolitische Strategien erforderlich sind. Daran hat sich der Armee-Auftrag zu orientieren und nicht wie bis anhin an allgemeinen Grundsätzen. Die schweizerische Armee soll, wo immer möglich, vor Ort sinnvolle Aufträge übernehmen und in der Bevölkerung wieder «sichtbar» werden. Trainings im Ausland rechtfertigen sich nur dort, wo keine inländischen Übungsmöglichkeiten mehr vorhanden sind. Die ausländische Friedensförderung soll nicht noch weiter ausgebaut werden. Denn die beschränkten finanziellen Mittel im Militärbereich müssen aufgrund des steigenden Investitionsbedarfs in erster Linie im Inland eingesetzt werden.

Die Schweiz muss als neutrales, stabiles und selbstständiges Land bewahrt bleiben. Die Armee trägt wesentlich dazu bei, dass die Sicherheit aufrechterhalten werden kann. Dass sich der Schweizer Bürger im Rahmen der Milizarmee persönlich für den Schutz unseres Landes einsetzt, wird weltweit bewundert. Wir dürfen die Milizarmee nicht preisgeben, denn der Austausch zwischen Wirtschaft und Armee nützt dem gesamten Land und fördert die Akzeptanz des Militärs in der Bevölkerung. Unser Land im Herzen Europas muss sich auf die neuen Bedrohungsformen ausrichten, wobei alle Sicherheitsorgane (Armee, Polizei und Grenzwachtkorps) eng zusammenarbeiten müssen.

Werbung

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern am Albis ZH, im Interview

Der Armee-Auftrag

Die Schweiz verteidigt mit ihrer von den Bürgern getragenen Milizarmee den weltoffenen, unabhängigen Kleinstaat vor jeder ihm drohenden gewalttätigen Gefahr von aussen. Die immerwährende, bewaffnete Neutralität hat unserem Land in der Vergangenheit selbst dann, wenn Europa von schwersten Kriegen erschüttert wurde, Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt und gesichert. Weil Neutralität allein vor Angriffen nicht schützt, unterhält die Schweiz eine gut gerüstete und gut ausgebildete Defensivarmee, die mittels angemessener, bedrohungsgerechter und bewaffneter Bereitschaft die Unabhängigkeit des Landes sichert und die Schweiz als berechenbaren, zum Frieden beitragenden Staat erkennen lässt.

Mit dem zunehmenden Drängen der Regierungsparteien in Richtung Europäische Union und der Suche nach einer Annäherung an die Nato werden die Anstrengungen zur eigenständigen Verteidigung hemmungslos verhöhnt. Der Bundesrat ist in diesem fundamentalen Widerspruch gefangen und offensichtlich unfähig einen glaubwürdigen, vom Volk mitgetragenen Armee-Auftrag zu formulieren.

Nationalrat Toni Bortoluzzi, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, beantwortet im Gespräch mit «Klartext» die grundlegenden politischen Fragen, die es nun zu klären gilt, bevor der konkrete Armeeauftrag formuliert werden kann.

«Klartext»: Nationalrat Bortoluzzi, wozu braucht die Schweiz eigentlich eine Armee?



Toni Bortoluzzi: Das ist die Frage, die heute nicht offen beantwortet ist. Wir leisten uns den Luxus seit 1989, keine Doktrin zu formulieren.

Wollen wir eine Bereitschaftsarmee, die dem eigenen unabhängigen Land Sicherheit vor gewalttätiger äusserer Bedrohung gewährleistet, eine Kampftruppe im Dienst der zeitge-

mässen Herausforderung? Oder leistet sich die Schweiz eine Armee in Form einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe, die im Rahmen internationaler Kooperation agiert? Für die SVP ist die Frage schnell beantwortet. Wir treten ein für eine gut bewaffnete und ausgebildete Armee, welche den heutigen Bedrohungen entsprechend in angemessener Bereitschaft gehalten werden kann.

Wer soll in unserem Land Dienst leisten? Ist es sinnvoll, dass sich die Schweiz eine Milizarmee hält, oder wäre es nicht doch zweckmässiger eine reine Berufsarmee zu schaffen?

Die Milizarmee ist Teil des schweizerischen Staatsverständnisses. Der Angehörige der Armee und seine Familie befinden mit dem Stimmzettel über seinen Auftrag als Soldat.

Das Milizsystem hat die Schweiz stark gemacht. Für die Armee heisst das, dass nebst der Mannschaft auch Kader angemessen mit Milizoffizieren bestückt sind. Sie sind von Berufsausbildnern zu schulen. Eine Berufsarmee steht im Widerspruch zur Verfassung und kommt für unser Land nie in Frage.

Dient die Armee in unserem Land als Kampf- oder Territorialschutztruppe? Was muss im Kernauftrag festgeschrieben werden?

Der Hauptauftrag der Armee ist die Landesverteidigung, die erforderlichen Kampftruppen sind entsprechend auszurüsten und auszubilden. Die Katastrophenhilfe ist primär dem Zivilschutz zu übertragen, unterstützt durch Armeeverbände mit entsprechendem Auftrag und der nötigen Ausrüstung.

Damit die Armee als Kampftruppe bestehen kann, ist dem sich ständig fortentwickelnden Kriegsbild höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Gewalttätige Überfälle durch reguläre oder irreguläre militärische Kräfte, von aussen oder von innen ausgehend, sind nicht ausgeschlossen. Internetangriffe auf Daten und Netzwerke können ein Land lahmlegen. Das VBS ist auch in diesem Bereich gefordert.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Die Führungsstrukturen der Armee geben in den letzten Monaten immer wieder Anlass zu Diskussionen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um in diesem Bereich die Ordnung wiederherzustellen?

Das heutige multifunktionelle «Sowohl-als-auch-Instrument» Armee ist kaum vernünftig führbar.

Eine Kampftruppe kennt eine einzige Einsatzdoktrin. Die Ausbildung erfolgt in Schulen, die einem zentralen Befehl unterliegen. Ein zentrales Kommando mit dezentralem Einsatz.

Katastrophenschutz und Hilfe erfolgt dann am effizientesten, wenn betroffene Kantone ihre eigens dafür ausgebildeten Kräfte an Ort und Stelle einsetzen können.

Werden die Möglichkeiten der allgemeinen Wehrpflicht aktuell richtig ausgeschöpft? Oder müssen

te eine andere Lösung zur «Auslese der Wehrpflichtigen» eingeführt werden?

Die Wehrpflicht ist in jedem Fall auszuschöpfen. Die als Berufsarmee strukturierte Kampftruppe, die auch ausgedehnte Bewachungsaufgaben (Flughafen, Städte) nicht nur für kurze Zeit übernehmen muss, ist auf eine erhebliche Mannschaftsstärke angewiesen.

Auch Territorialeinheiten für die Katastrophenhilfe benötigen ein ansehnliches Reservoir an einsatzfähiger, gut ausgebildeter Mannschaft.

Welches ist die ideale Dauer der militärischen Dienstpflicht – oder wie stehen Sie der Frage der Durchdiener konkret gegenüber?

Das Durchdienersystem ist für eine in der Bevölkerung zu verankernde Milizarmee untauglich. Damit die Ar-

mee ihren Auftrag erfüllen kann, braucht es eine Ausdehnung der Diensttage wie auch der dienstpflichtigen Jahrgänge. Jedes Kind sollte seinen Vater in Militäruniform erleben.

Auch an der Informationspolitik der Armee wurde in letzter Zeit oft Kritik laut. Auf welchen Grundsätzen muss die Kommunikation der Armee gegenüber der Öffentlichkeit aufgebaut werden?

Die Armee 21 wurde einst als flexible schlagkräftige kleine Hightecharmee popagiert, die der Landesverteidigung dient. Tatsache ist aber, dass wir heute eine auf internationale Kooperation ausgerichtete Sicherheitspolitik haben. Ohne die Öffentlichkeit über das Engagement im Ausland wirklich zu orientieren. Dass offensichtliche Versteckspiel über die tatsächlichen Absichten des VBS ist eines der Haupthindernisse für eine konsensfähige Politik in diesem Bereich.

Wie kann die Schweiz das Primat der Politik gegenüber der Armee am wirksamsten gewährleisten, um eine effiziente Kontrolle über die Führung der Armee zu behalten?

Die Funktion eines Chefs Armee, eine Art Friedensgeneral, hat sich nicht bewährt. An Volk und Parlament vorbei hat der Bundesrat diese Verordnung in Kraft gesetzt. Eine für unsere Verhältnisse unpassende Lösung, die allein internationalen Gepflogenheiten gerecht wird. Stattdessen verlangen wir die Einsetzung einer Gruppe, welche die Führung wahrnimmt, bestehend aus den Kommandanten der grossen Verbände unter Leitung des Generalstabschefs.

Die Missstände und Fehlentwicklungen im VBS, welche zur aktuellen Sinnkrise der Armee geführt haben, müssen nun dringend angegangen werden. Welche Massnahmen sind hier zu ergreifen?

Erstens ist die politische Fehlentwicklung der prioritären Ausrichtung

auf internationale Kooperationen durch eine auf Souveränität und Eigenständigkeit ausgerichtete Armee zu korrigieren. Klare Aufträge sind zu formulieren. Zweitens gilt es in einem Mängelbehebungsverfahren, unter Einbezug von Truppenkommandanten, die Armee 21 auf Kurs zu bringen. Dabei dürfen die schweren Fehlleistungen des VBS nicht ausgeklammert werden. Organisation der Führung von Departement und Armee sind zu überdenken und neu festzulegen.

Eine abschliessende Frage: Wenn Sie die Kerninhalte eines konkreten Auftrages für die Schweizer Armee festlegen müssten, welche wären dies?

Der Auftrag, den der Bundesrat der Armee erteilt, muss klare, verbindliche und überprüfbare Ziele umfassen. Ausgerichtet auf die Bedrohungslage von heute und auf den Willen der Schweiz, mittels bewaffneter Neutralität die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz zu bewahren, sind im Landesverteidigungsauftrag an VBS und Armee (auf der Grundlage der Bundesverfassung) insbesondere folgende Punkte festzuhalten:

Aufklärung, Übungen und Gesetzgebung müssen sich an der internationalen Lage orientieren. Basierend auf einer laufend zu aktualisierenden Bedrohungs- und Gefährdungsanalyse sind Landesregierung, Armeekommando und die gesamte Armee im Rahmen von Gesamtverteidigungs- und strategischen Führungsübungen regelmässig mit Blick auf realistische Bedrohungsszenarien zu beüben.

Die Landesverteidigung muss als die Kernaufgabe definiert werden. Unsere Armee hat ihre Überlebensfähigkeit gegenüber feindlichen Kräften anlässlich eines gegnerischen Überraschungsschlags von aussen oder aus dem Innern sicherzustellen.

Ausserdem muss die Armee auch auf neuartige Bedrohungen wie etwa Cyberwar vorbereitet sein und die nationale Sicherheit der Netzwerke und modernen Kommunikationsmittel gewährleisten sowie mittels Sichtbarmachung ihrer Bereitschaft abschreckende Wirkung auf potenzielle Feinde ausüben.

Werbung

Risse – Feuchtigkeit Nässe – Schimmel Algen?

**Flachdach – Fassade – Balkon
Wohnraum – Keller – Terrasse
Schwimmbad**

**15 Jahre Dobler-Bautenschutz
10 Jahre Garantie
34 Jahre Erfahrung**

Die Spezialisten in Ihrer Nähe!

Gratis-Telefon: 0800 30 31 30

Dobler-

ISO 9001
zertifiziert

Bautenschutz AG

Lenzburg • Holderbank • Wohlen • www.dobler-bautenschutz.ch

Nationalrat Guy Parmelin, Bursins VD

Strompreiserhöhungen: die Hauptgründe für die angekündigte Katastrophe

Die wichtigste Frage, die die Gemüter heute beschäftigt, ist die Frage, wie es zu den Strompreiserhöhungen für 2009 und, was – falls sich die Tendenz fortsetzt – schon jetzt absehbar ist, für die nächsten Jahre kommen könnte.

Um die Situation zu verstehen, muss man zunächst wissen, dass sich der durchschnittliche Kilowattpreis in der Westschweiz 2009 auf rund 26 Rappen belaufen wird; der eigentliche Strompreis macht nur etwas mehr als 40% davon aus, d.h. 11–12 Rappen; der Rest setzt sich aus dem Stempelrecht sowie aus Gebühren und Steuern zusammen.

Damit beginnt man zu ahnen, wo der Hase im Pfeffer liegt, um es einmal salopp zu sagen.

Ein erster Faktor betrifft die Erhöhung der Rohstoffpreise in Europa; der Strompreis ist in der Tat direkt



an die Preise für Erdöl, Erdgas und andere Rohstoffe gebunden; da wir uns ausserdem – mit oder ohne De-

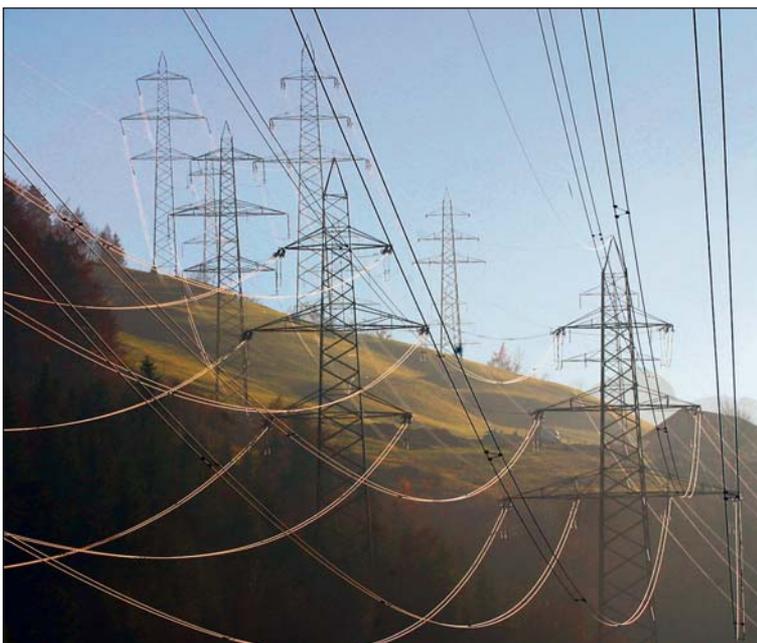
regulierung – in einem offenen Markt befinden, herrscht ausschliesslich das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Dies ist umso ausgeprägter, als in der Schweiz, wie in Europa, das Angebot die Nachfrage nur knapp deckt, nachdem politische Manöver eine Erneuerung der Produktionsanlagen blockiert haben. Insbesondere in der Schweiz lässt sich die beunruhigende Situation mit dem Verzicht auf die Vorbereitung eines Ersatzes für unsere Atomkraftwerke, den allzu drakonischen Bedingungen, die für die Gaskombikraftwerke gelten, und der Opposition gegen eine Optimierung unserer Stauseen erklären. Hinter diesen Forderungen steht eine dogmatische, jedem Kompromiss abholde und einzig auf die erneuerbaren Energien fixierte Linke. Die SP, die Grünen und eine grosse CVP-Minderheit sind schuld daran, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit in der Stromversorgung verliert und vom Import und damit vom guten Willen der ausländischen Lieferanten abhängig wird, und zwar sowohl was die Preise als auch die Versorgungssicherheit betrifft.

Ein zweiter für die Preiserhöhungen verantwortlicher Faktor ist beim schweizerischen Gesetzgeber zu suchen; das neue Gesetz, das die Produktion und die Übertragung rechtlich trennt und eine nationale Netzgesellschaft (swissgrid) schafft, welche die Aktiven der Besitzer der Hochspannungsnetze übernimmt, kostet mehr als das gegenwärtige

System; swissgrid muss nämlich die Reserveenergie, die für das gute Funktionieren des Netzes notwendig ist, zum Marktpreis kaufen (Kosten: 0,9 Rappen pro Kilowattstunde), nicht zu vergessen die grossen Investitionen in die Informatik, die getätigt werden müssen, damit alles funktioniert; dazu kommt noch eine Gebühr von 0,45 Rappen pro Kilowattstunde, die dem Stromkonsumenten für die Entwicklung der neuen erneuerbaren Energien verrechnet wird, damit diese – und zwar auch die gegenwärtig teuersten und unrentabelsten – kostendeckend eingespeist werden können.

Der dritte Grund, der für die Strompreiserhöhungen verantwortlich ist, liegt schliesslich bei den lokalen Gebühren, insbesondere in bestimmten Gemeinwesen, von denen oft ein Teil für die Finanzierung zunehmender Sozialausgaben aller Art verwendet wird.

Als Fazit lässt sich sagen, dass die Schweiz die Strompreiserhöhungen nur bewältigen kann, wenn sie so rasch als möglich Vorkehren zur Erneuerung ihrer Stromproduktionsanlagen trifft und parallel dazu gleichzeitig auf allen Ebenen die Energieeffizienz fördert. Wenn die Linke und die Grünen in diesem Bereich weiterhin ihre systematische Obstruktionspolitik betreiben, werden sie längerfristig für die unweigerlich sich verteuernenden Strompreise in unserem Land und damit für die Folgen dieser Entwicklung verantwortlich sein, die unsere Unternehmen und damit indirekt auch alle Bürger treffen werden, insbesondere jene mit den bescheidensten Einkommen.



Massive Strompreiserhöhungen treffen Wirtschaft und Privathaushalte, SVP fordert Korrektur der falschen Energiepolitik

Nationalrat Hans Killer, Untersiggenthal AG

Scheinliberalisierung und zusätzliche Abgaben, Konsumenten als Verlierer!

Das neue Stromversorgungsgesetz StromVG läuft Gefahr, einen klassischen Fehlstart zu verursachen: Noch bevor es in Kraft tritt, wird erkennbar, dass die Hoffnung auf tiefere Preise in keiner Weise erfüllt werden kann.

Im Gegenteil: Die Hoffnung auf mehr Wettbewerb und damit tiefere Strompreise konnte gar nicht erfüllt werden, da das Gesetz eben keine Liberalisierung brachte und zusätzlich verschiedene preistreibende Elemente enthält:

Zum Beispiel wird hier mit der Netzgesellschaft Swissgrid ein neues Monopol geschaffen, das die Preise für die Konsumenten negativ beeinflusst. Sie hat Aufgaben zu erfüllen, die bisher von den grossen Elektrizitätsunternehmen im Rahmen ihrer Kernaufgaben wahrgenommen worden sind. Und es besteht der Verdacht, dass die bereits weitgehend abgeschriebenen Übertragungsnetze neu bewertet und nochmals an die Kunden weiterbelastet werden. Die SVP hat sich immer klar gegen eine staatliche Netzgesellschaft ausgesprochen, insbesondere auch weil wir die damit verbundene Problematik der Enteignung und der höheren Preise haben kommen sehen.

Ein weiterer neuer Unkostenfaktor sind die kostendeckenden Einspeisevergütungen KEV, zu der unsere Fraktion sich schon immer sehr kritisch geäussert hat.

Mit diesem System wird der rationell hergestellte Strom aus grossen Wasser- und Kernkraftanlagen mit Beiträgen belastet, welche den alternativen Produktionsarten ohne Wettbewerbsdruck ein ansehnliches Pay-back ermöglichen. Ein klassisches System der sonst weitgehend



verpönten Quersubventionierung also.

Das Beispiel der Energiegewinnung mittels Wärmepumpen zeigt, dass es nicht eine Frage der Subventionierung ist, ob ein Produkt erfolgreich werden kann, sondern eine Frage der Durchsetzung am Markt. Wärmepumpen sind heute ohne jede Unterstützung konkurrenzfähig.

Wir verteuern bewusst unsere günstige elektrische Energie, welche unserer Wirtschaft gute Voraussetzungen und sogar wettbewerbliche Vorteile bringt.

Wir haben seit vielen Jahren eine bewährte und zuverlässige Produktion mit Wasser- und Kernkraftwerken. Dieser Mix hat uns ein im europäischen Vergleich erfreulich tiefes Strompreisniveau verschafft. Warum sollen wir diese gute Ausgangslage zerstören? Warum sollen wir unsere Zugpferde, die grossen Wasserkraftwerke und die günstig produzierenden KKW's, unnötig belasten und bremsen?

Wir haben in unserem Land optimale Voraussetzungen, um auch in Zukunft unsere Stromproduktion auto-

nom, zu günstigen Kosten und zu dem CO₂-frei laufen zu lassen: Wir müssen nur endlich dazu übergehen, die berechtigten Ausbauwünsche der bestehenden Wasserkraftwerke und der Speicherkraftwerke nicht an ideologischen Umwelt- und Naturschutzforderungen scheitern zu lassen.

Die Vorwürfe in dieser Richtung müssen die Umweltverbände und die linken Parteien auf ihre Kappe nehmen.

Mehr Angebot an günstiger Elektrizität ist der einzige Weg, um Markt zu schaffen und um auch in Zukunft der Wirtschaft gute Angebote machen zu können. Verknappungen führen immer zu höheren Preisen. Der Weg der künftigen Stromproduktion kann in dieser Optik nur über Ausbau der Wasserkraftwerke, die Erhöhung der Pumpspeicherkraftwerke und den Ersatz der ins Alter kommenden Kernkraftwerke führen.

Dabei wollen wir uns der Entwicklung auf dem Gebiet der neuen Erneuerbaren nicht verschliessen. Aber wir müssen klar die Grenzen sehen. Und diese Grenzen werden auch an den Preisen gemessen, welche für die neuen Erneuerbaren ein x-faches betragen.

Wer profitiert denn eigentlich vom neuen StromVG?

Aus heutiger Sicht muss leider mit Konsternation festgestellt werden, dass es auf der Konsumentenseite nur Verlierer gibt. Sowohl für Kleinbezüger wie für die Grosskunden zeichnen sich massive Mehrkosten ab. Dies ist einerseits ein Problem der falschen Energiepolitik des Departementes Leuenberger, welche seit Jahrzehnten versucht, teure, produktionschwache Energieträger

wie Wind- und Sonnenenergie zu fördern, anstatt auf günstige und produktionsstarke Stromträger wie Wasser- und Kernkraft zu setzen. Andererseits sind es die vielen preistreibenden Elemente, wie die kostendeckende Einspeisevergütung, die Abgabe für swissgrid etc., welche tiefe Preise verhindern. Eine Verknappung der Produktion, zusätzliche Auflagen und Kosten für Energieträger, verbunden mit einer nicht zu Ende geführten Liberalisierung, müssen zwingend zu einem massiven Preisanstieg führen. Die Entwicklung geht in die falsche Richtung und ist zu hinterfragen. Die neu installierte Elcom als Kontrollbehörde und die Stromproduzenten haben eine anspruchsvolle Aufgabe zu lösen, wenn der Ruf der Strombranche nicht dauerhaft geschädigt werden soll.

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG

• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15

Telefon 044 869 10 75

Samstags auf tel. Anmeldung

www.raferfeld.com

bettwaren@raferfeld.com

Urs Martin, Fraktionssekretär SVP Schweiz

Rückblick auf die Herbstsession 2008



Die Bilanz der Herbstsession war aus SVP-Sicht zwiespältig. Zwar konnten zahlreiche Erfolge erzielt werden – etwa im Bereich des Humanforschungsgesetzes, wo ein SVP-Antrag auf Ausgestaltung eines schlanken Verfassungsartikels obsiegte, sowie im Bereich des Kulturförderungsgesetzes, wo ein SVP-Antrag eine Mehrheit fand. Weiter gelang es der SVP, beim Patentgesetz im Nationalrat die nationale Erschöpfung vorläufig zu wahren und damit den Schutz der inländischen Innovationen aufrechtzuerhalten, nachdem sich der Ständerat in der Vorwoche für eine regionale Erschöpfung mit der EU ausgesprochen hatte und er am gleichen Tag in Widerspruch zur regionalen Erschöpfung ein Patentgerichtsgesetz mit dem Argument, den Innovationsstandort Schweiz zu stärken, verabschiedete. Schliesslich konnte eine unnötige Vorlage im Krankenversicherungsbereich auf Antrag von Toni Bortoluzzi definitiv vom Tisch gefegt werden. Im Ständerat setzte sich sodann eine parlamentarische Initi-

ative von Maximilian Reimann durch, welche ermöglicht, dass in Zukunft schweizweit Parteispenden bis 10 000 Franken in Abzug gebracht werden können. Bundesrätin Widmer-Schlumpf hatte sich mit Vehemenz gegen diese Regelung ausgesprochen. Weiter konnte die SVP bei der von der FDP initiierten Vorlage zum Schutz der Passivraucher verhindern, dass fortan auf Bundesebene ein vollkommenes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden gilt. Mit der in der Session verabschiedeten Vorlage bleiben Raucherbetriebe bis zu einer Fläche von 80 Quadratmetern möglich.

Fragwürdige Entscheide in der Verkehrspolitik

Diesen Erfolgen stehen aber Entscheide der Mitte-links-Regierungskoalition entgegen, bei welchen sich die SVP in der Minderheit befand. So folgte der Nationalrat einmal mehr der erfolglosen Verlagerungspolitik von Verkehrsminister Leuenberger und bewilligte 1,8 Milliarden Franken an neuen Subventionen für die Verkehrsverlagerung, obwohl bereits heute allgemein akzeptiert ist, dass das Mengenziel von 650 000 Fahrzeugen niemals erreicht werden kann. Obendrein bereitete der Nationalrat noch das Terrain für die EU-Alpentransitbörse vor. Ebenfalls entschied der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP den FinöV-Gesamtkredit aufzustocken, vorerst in einer homöopathischen Dosis von einer zusätzlichen Milliarde, obwohl auch hier klar ist, dass diese niemals ausreichen wird, um die riesigen Milliardenlöcher zu stopfen.

Weiter erhöhte der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP die Tabaksteuer und lehnte eine Motion von Adrian Amstutz ab, welche wollte, dass Lastwagen bei der LSVA mindestens zehn Jahre in der billigsten Kategorie bleiben. Der Ständerat erhöhte die Entwicklungshilfe

um zusätzliche 800 Millionen Franken, obwohl aus heutiger Sicht grosse Fragezeichen bestehen, wie diese zusätzlichen Zahlungen finanziert werden sollen. Der Ständerat strich schliesslich die Postmarktliberalisierung aus der Legislaturplanung des Bundes.

Werbung



SVP-Mitglieder profitieren doppelt!

15 % Rabatt auf alle Drucksachen.

Jetzt zuschlagen! Die Aktion ist gültig auf Bestellungen mit Lieferdatum spätestens 31. Januar 2009.



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch



www.art-baumann.ch



Armeeauftrag klären statt neue Gelder sprechen

Ein wichtiger Schwerpunkt der Session war die Ausrichtung und der Auftrag der Schweizer Armee. Seit Jahren herrscht im Verteidigungsdepartment eine permanente Führungslosigkeit, welche an der Ernennung von Roland Nef zum Armeechef exemplarisch zum Vorschein kam. Nachdem der Nationalrat in der Sommersession beim Militärgesetz wichtige Korrekturen im Sinne der SVP vornahm, schwenkte die kleine Kammer wieder auf die Linie des Bundesrates ein. Das Rüstungsprogramm wurde im Nationalrat mit Hilfe der SVP abgelehnt, nachdem es die Ratsmehrheit entgegen den Anträgen der SVP nicht für notwendig erachtete, generell über die Probleme und Missstände (Führung, Material, Personal, Ausbildung, Einsatzfähigkeit) in der Armee eine Auslegeordnung zu erstellen, bevor neue Mittel gespro-

chen werden. Die grundsätzliche Überprüfung der Armee wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer starken Armee gewesen. Der Nationalrat führte in der dritten Sessionswoche sodann zwei dringliche Debatten zur Armee und zu den Strompreiserhöhungen durch. Weil die Strommarktliberalisierung vom Departement Leuenberger systematisch unterlaufen und von Umweltkreisen mit zahlreichen Abgaben angereichert wurde, müssen die Stromkonsumenten nun entgegen dem Willen der SVP die Zeche bezahlen.

Herstellung von Transparenz über Herkunft von Kriminellen

Ebenfalls behandelt wurden zahlreiche Vorstösse der SVP-Fraktion. Während die Einführung der Einbürgerung auf Probe sowie die Verhinderung der Einbürgerung von IV-Fällen und Sozialhilfebezügern im Nationalrat kein Gehör fanden, über-

wies der Ständerat eine Motion, welche Transparenz über die vielfach ausländische Herkunft von Kriminellen herstellen möchte.

Rechtsstaatlich bedenkliche Aufhebung der Immunität

Besonderes stossend ist der vom Nationalrat getroffene Entscheid, die Immunität von Toni Brunner aufzuheben. Dabei handelt es sich um eine rein politisch motivierte Vorverurteilung des SVP-Präsidenten, um damit die gesamte Partei in Verruf zu bringen. Hierfür wurden von der Koalition aus CVP, FDP und Linken stillschweigend rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen getreten. Am gleichen Morgen fanden Bundesrichterwahlen statt. Zu besetzen waren vier Vakanz im Bundesgericht und eine Vakanz am Bundesverwaltungsgericht. Obwohl die SVP an allen Gerichten mit Abstand am stärksten untervertreten ist, gewährte man ihr anstelle des Anspruchs auf zwei Sit-

ze am Bundes- und einen Sitz am Bundesverwaltungsgericht lediglich einen Sitz am Bundesgericht. Nicolas von Werdt (SVP/BE) wurde mit dem besten Resultat neu gewählt. Die zweite SVP-Kandidatin, Claudia Bühler (SVP/ZH), wurde von der Bundesversammlung nicht unterstützt. Einen Achtungserfolg erzielte SVP-Mann Rudolf Friedli (SVP/BE) beim Bundesverwaltungsgericht, welcher, obwohl nicht auf dem Wahlticket der Gerichtskommission, nur wenige Stimmen unter dem absoluten Mehr blieb. Weiter wurden die 34 wieder kandidierenden Bundesrichter (darunter 8 der SVP) für die nächsten 6 Jahre sowie der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Christoph Bandli (SVP/GR) für 2 Jahre von der Bundesversammlung allesamt im Amt bestätigt. Als Ersatz für ein aus der SVP ausgetretenes BDP-Mitglied wurde sodann Walter Wobmann (SVP/SO) als Ersatzstimmenzähler des Nationalrates gewählt. Herzliche Gratulation.

IMMUNITÄT

Caspar Baader, Nationalrat SVP BL, Gelterkinden

Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Toni Brunner

In der vergangenen Herbstsession hat eine Mehrheit der Nationalratsmitglieder von FDP, CVP, SP und der Grünen gegen den Willen der SVP-Fraktion die parlamentarische Immunität des SVP-Parteipräsidenten Toni Brunner aufgehoben, weil dieser angeblich als seinerzeitiges Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) im Spätsommer 2007 eine Amtsgeheimnisverletzung begangen haben soll.

Eigentlich hatte die GPK damals den Auftrag, das Funktionieren der Strafverfolgungsbehörden des Bundes zu untersuchen und abzuklären, ob der damalige Bundesanwalt einen mehrfach zu lebenslanger Haft verurteilten

Drogenkriminellen namens «Ramos» ins Land geholt und dadurch einen Schweizer Bankier in seiner Existenz vernichtet hat. Die GPK weigerte sich damals, dies aufzuklären, und stellte stattdessen Gewaltenteilungsfragen in

den Vordergrund, um so den damaligen Justizminister Christoph Blocher in Misskredit zu bringen. Einzelne GPK-Mitglieder bezichtigten ihn sogar völlig zu Unrecht des Komplotts mit einem Kriminellen. Es ist verständlich,



dass es unser heutiger Parteipräsident – damals als Mitglied der GPK – als seine Pflicht betrachtet hat, in dieser Situation die Wahrheit zu ergründen, um all die verbreiteten Unwahrheiten richtigstellen zu können. Dabei hat er im Gegensatz zu anderen GPK-Mitgliedern nie irgendein Geheimnis der Öffentlichkeit, d.h. der Presse oder den Medien, preisgegeben.

Zudem ist es das erste Mal in der Geschichte der Schweizerischen Eidge-

nossenschaft, dass ein Rat die Immunität eines seiner Mitglieder aufgehoben hat, ohne dass die formellen Voraussetzungen dafür überhaupt gegeben sind.

Gemäss Art. 17 Abs. 2 des Parlamentsgesetzes muss nämlich erstens ein Mitglied des Parlaments vom Bundes- oder von einem Staatsanwalt vorgängig einer strafbaren Handlung beschuldigt worden sein und zweitens bedarf es eines konkreten Gesuchs des betreffenden Bundes- bzw. Staatsanwaltes um Aufhebung der Im-

munität. Wie im amtlichen Bulletin der Sitzung des Nationalrates nachzulesen ist, hat der Kommissionssprecher Kurt Flury auf Nachfrage hin zugeben müssen, dass der Brief des ausserordentlichen Bundesanwaltes Cornu vom 6. Mai 2008 kein konkretes Gesuch ans Parlament um Aufhebung der Immunität beinhaltet.

Die Entscheidung, ob jemand als Beschuldigter zu betrachten ist, obliegt von Gesetzes wegen einzig und allein dem Bundes- bzw. Staatsanwalt. Dieser muss nämlich am Ende des Er-

mittlungsverfahrens gemäss Art. 106 der Bundesstrafprozessordnung entscheiden, ob genügend Anhaltspunkte für die Einleitung einer Voruntersuchung gegeben sind oder nicht. Bejahendenfalls ist ein Beschuldigter zu nennen und ist beim eidgenössischen Untersuchungsrichter Antrag um Eröffnung einer Voruntersuchung zu stellen. All dies ist vorliegendenfalls nicht geschehen. Der Nationalrat hat somit unter Missachtung des Gewaltenteilungsprinzips aus politischen Motiven voreilig die Immunität aufgehoben.

Dazu kommt, dass es die zuständige Rechtskommission des Nationalrates bewusst unterlassen hat, vor ihrem Antrag ans Ratsplenum vom ausserordentlichen Bundesanwalt die gesamten Akten des Verfahrens einzuholen und diese zwecks Gewährung des rechtlichen Gehörs auch Nationalrat Brunner zuzustellen. Ausgerechnet die Rechtskommission stellt Antrag, ohne die Akten zu kennen, und verweigert das rechtliche Gehör! Und das Parlament segnet dies ab! Wo bleibt da unser Rechtsstaat?



Beilage

Währungsreserven qualitativ und quantitativ erhöhen

Es ist erst zehn Jahre her, seit Schweizer Politiker und Finanzbehörden fahrlässigerweise von «überflüssigen Goldreserven» sprachen. Die heutigen Entwicklungen und die globale Finanzmarktkrise zeigen, dass diese Strategie völlig falsche Zeichen setzte. Um den Finanzplatz Schweiz und das Volksvermögen in unserem Land zu sichern, müssen umgehend neue Massnahmen ergriffen werden.

Währungsreserven sind das Fundament eines gesunden, stabilen Schweizer Frankens. Unterstützen Sie unsere Petition, damit die folgenden parlamentarischen Forderungen den notwendigen Rückhalt erfahren!

- **Schluss mit Goldverkäufen**
- **Höhere Währungsreserven**
- **Vergrosserung des Goldanteils**
- **Aufbewahrung in der Schweiz**
- **Bankkundengeheimnis in die Verfassung**

Unterschreiben Sie unsere Petition!

Alain C. Hauert, Pressesprecher SVP Schweiz

Klare Voten gegen die untaugliche Drogenpolitik des Bundes

Die Delegierten der SVP Schweiz haben am 4. Oktober in der Mehrzweckhalle Lenzburg die Parolen zu den beiden drogenpolitischen Vorlagen, über die am 30. November abgestimmt wird, gefasst. Zudem diskutierte das oberste Parteigremium auch über die zukünftige Ausrichtung der Armee und entschied sich weiter dafür, die Statuten anzupassen, um einen zweiten «Fall Widmer-Schlumpf» zu verhindern.

Mit der klaren Ablehnung der Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» sowie des revidierten Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz) wurde ein klares Zeichen für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik gesetzt. Nur eine Politik, welche die Drogen konsequent von ihnen fernhält, bietet jungen Menschen klare Leitplanken und Drogenabhängigen neue Hoffnung für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Eigenverantwortung. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zum Grundsatz «Hände weg von Drogen». Die aktuelle Drogenpolitik des Bundes hingegen ist verfehlt und zielt in eine gefährliche Richtung. Statt die Drogensucht als staatliches Problem zu

verwalten und dafür weitere untaugliche Präventionsmassnahmen zu finanzieren, muss ein drogenfreies Leben das Ziel der Anstrengungen sein.

Die Delegierten folgten dem Antrag des SVP-Zentralvorstandes und sagten zweimal deutlich Nein, nämlich mit 395 zu 2 Stimmen Nein zur Hanfinitiative und mit 397 zu 4 Stimmen Nein zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes.

Zuvor diskutierten die Versammlungsteilnehmer über die Neuausrichtung der Armee und verabschiedeten entsprechende Positionspapiere. In diesen geht es einerseits um den konkreten Auftrag der Armee und die Fokussierung auf die Landesverteidigung. Andererseits wurde auch



Die SVP Delegierten forderten in Lenzburg deutlich eine abstinenzorientierte Drogenpolitik

ein Dokument zur aktuellen Lage in der Schweiz abgesehen, denn es ist auch eine wesentliche Aufgabe für das VBS und die Armeeführung, auf neuartige Bedrohungen wie etwa den Terrorismus oder den Cyberwar vorbereitet zu sein und entsprechende Abwehrtechniken zu entwickeln, um feindlichen Kräften, die mit diesen Methoden gegen die Schweiz operieren, entgegenzutreten.

Abschliessend hatte sich die Delegiertenversammlung auch zum Thema Statutenrevision zu äussern. Neu sollen Personen, die eine Wahl in den Bundesrat annehmen ohne vom zuständigen Gremium nominiert worden zu sein, mit der Wahlannahme ihre Mitgliedschaft in der SVP verlieren. Auch dieser Antrag der Parteileitung wurde von den Delegierten deutlich angenommen.

Werbung



SVP-HIT

GUTSGHEIN

SVP Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR.50.-

pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701680 - Fax 0279701665
www.hotelaipenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

«Parolen der SVP Schweiz»

Die SVP Schweiz hat auch für die anderen eidgenössischen Vorlagen, welche am 30. November zur Abstimmung kommen, ihre Parolen gefasst. Die zuständigen Gremien (Zentralvorstand beziehungsweise Delegiertenversammlung) empfehlen wie folgt abzustimmen:

Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»	JA
Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik»	JA
Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»	NEIN
Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»	NEIN
Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz)	NEIN

Nationalrat Simon Schenk, Trubschachen BE

2 × Nein zu mehr Drogen

Es ist paradox, gegen das Rauchen und Trinken zu kämpfen und sich gleichzeitig für die Freigabe von Cannabis einzusetzen. Weil die Freigabe von Cannabis bisher nicht im erhofften Tempo gelungen ist, wird immer mehr versucht, die Konsumenten von Alkohol und Nikotin in eine kriminelle Ecke zu stellen. Interessanterweise kommen die Bemühungen von der genau gleichen Stelle ...



Ich will die Problematik des Rauchens und des Alkoholkonsums nicht verharmlosen, aber Cannabis ist viel schlimmer. Es ist nicht nötig, nach den beiden «legalen Suchtmitteln» Nikotin und Alkohol ein drittes, viel gefährlicheres Suchtmittel zu legalisieren.

Das Argument, es würden so viele Leute kiffen, dass man das erlauben müsse, ist wenig stichhaltig. Schliesslich wird auf der Autobahn auch regelmässig zu schnell gefahren und niemand kommt auf die Idee, Geschwindigkeitsbeschränkungen aufzuheben.

Die Behauptung, kantonale Polizeikorps würden aufwändig Jagd auf Kiffer machen, entspricht nicht der Realität. Gemäss geltendem Gesetz wäre dies zwar möglich und wünschenswert, aber bei polizeilichen Massnahmen sind meistens auch noch Verstösse wie Dealen, auffälliges Benehmen oder Fahren in beklüfftem Zustand im Spiel.

Besonders hinterlistig ist es, im Titel der Initiative von Jugendschutz zu sprechen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Cannabiskonsum erlaubt wäre, würde Eltern, Lehrern, Trainern

und anderen erziehungsverantwortlichen Personen ein wesentliches Argument zur Prävention entzogen.

Die heute erhältlichen Cannabisprodukte sind bis zu dreissig Mal stärker und gefährlicher als noch vor einigen Jahren. Eine Forschergruppe kommt zum Schluss, dass sich für Cannabiskonsum das Risiko, an einer Psychose wie Schizophrenie, Halluzinationen und Wahnvorstellungen zu erkranken, um 50 bis 200 Prozent erhöht.

Werbung

Ausserdem steht Cannabis auf der Dopingliste und gilt als gefährliche Substanz. Ob Cannabis wirklich leistungsfördernd ist, da scheiden sich die Geister. Sicher ist das nicht für alle Sportarten gleich. In meiner Sportart Eishockey etwa wäre es wohl eher ein Nachteil, wenn ein Spieler bekifft zu einem Spiel antreten würde. Er wüsste dann nämlich nicht mehr, welchen von den fünf Pucks, die er vor sich sieht, er im gegnerischen Tor versenken soll!

Sowohl die «Hanf-Initiative» wie auch die Revision des Betäubungsmittelgesetzes sind am 30. November 2008 abzulehnen.

Ist das die Zukunft unserer Kinder?



Freigabe von Cannabis

Revision des Betäubungsmittelgesetzes

2x NEIN zu Drogen



Die Kampagne der SVP gegen die «Hanf-initiative» und das revidierte Betäubungsmittelgesetz

Qualitäts-Treuhand

mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung
Schnell – Kompetent – Kostengünstig

- **Komplette Buchführung** auf Ihrem oder unserem System (Web-Treuhand)
- **Teilzeit-CFO** (Management auf Zeit)
- **Trouble Shooting-Einsätze** vor Ort (z.B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)
- **Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen**
- **Betriebswirtschaftliche Beratung** inkl. Steuerplanung
- **Verwaltung STWEG**
- **Start-Up-Beratung** inkl. Businessplan und Budget

timeconsult

TT Timeconsult Treuhand AG
Zimikerried 20
8603 Schwerzenbach
www.timeconsult.ch

Standorte in Schwerzenbach ZH, Muri AG, Derendingen SO

Kontakt: **Christoph Lanker**
Präsident SVP Ortspartei Derendingen
052 213 96 10, christoph.lanker@timeconsult.ch

Peter Spuhler, Unternehmer und Nationalrat SVP, Bussnang TG

Verbandsbeschwerderecht gefährdet Arbeitsplätze – darum JA zur Abschaffungsinitiative

Mit Überzeugung stehe ich als Unternehmer für die Volksinitiative zum Verbandsbeschwerderecht ein. Ein investitionsfreundliches Klima bringt der Schweiz Wachstum, Wohlstand und sichert Arbeitsplätze. Davon profitieren alle.

Die Realisierung umfangreicher Bauprojekte kann von unbeteiligten Dritten dank dem Verbandsbeschwerderecht total blockiert werden. Im Gegensatz zu einer Beschwerde durch Nachbarn, welche durch ihre Nähe zum Bauprojekt meistens in eigenen Rechten betroffen sind, ist ein Verband selber nie betroffen. Dies eröffnet ein beachtliches Missbrauchspotential. So hat die «Greina-Stiftung» gegen den Neubau des Zürcher Hardturm-Stadions rekuriert, obwohl die Stimmbewölkerung dem Projekt klar zugestimmt hat. Die Greina-Stiftung setzt sich gemäss Stiftungszweck eigentlich für den Erhalt der Greina-Hohebene im Kanton Graubünden ein. Der fehlende Zusammenhang dieser Organisation mit einem Zürcher Fussballstadion ist offensichtlich und der Rekurs entsprechend ärgerlich.



Besonders gravierend ist das Verhalten gewisser Verbände, welche Bauherren so lange unter Druck setzen, bis diese sich auf einen Deal einlassen und den Umweltorganisationen Zahlungen leisten, damit sie auf die Einreichung einer Beschwerde verzichten. In der Wirt-

schaft spricht man in solchen Fällen von Schmiergeldern und Korruption – solche Tatbestände sind strafrechtlich relevant. Soll dies bei den Umweltverbänden einfach so geduldet werden?

Als Unternehmer erlebe ich immer wieder, wie wichtig gute Rahmenbedingungen sind. Die liberale Gesetzgebung, die verhältnismässig tiefe Bürokratie und die bescheidene Steuerbelastung waren jahrzehntelang entscheidende Standortvorteile für den Wirtschaftsplatz Schweiz. Seit einigen Jahren ist die Politik auf dem besten Weg, genau diese Vorteile leichtfertig aus den Händen zu geben.

Mit einem JA zur Initiative wird die direkte Demokratie gestärkt: rechtsgültige Volks- und Parlamentsentscheide dürfen nicht mehr über

die Verbandsbeschwerde ausgehebelt werden. Was das Volk beschlossen hat, gilt auch für Verbände! Und der Wirtschaftsstandort wird gestärkt: Die Initiative schafft Rechtssicherheit und ein stabiles Investitionsklima. Dies bringt uns Wachstum und Wohlstand. Damit schaffen und sichern wir Arbeitsplätze für die Zukunft.

SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy.

Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:
Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.

Werbung

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

Ich bringe eine gute Allgemeinbildung sowie auch ein gutes Auftreten, in Verbindung mit Immobilienerfahrung, mit und möchte mich in Richtung **Finanzmarkt** beruflich neu orientieren. Im **Raume Zürich**.

Angebote richten Sie bitte mit Kennwort LXR an:
klartext@svp.ch oder brieflich an
SVP Schweiz, Klartext, Brückfeldstrasse 18,
PF 8252, 3001 Bern

**Rösli Zuppiger-Stocker (fünf Kinder)
(Ehefrau von Nationalrat Bruno Zuppiger)**

Verzichten ist anstrengend

An einer Maturarede soll alt Bundesrat Adolf Ogi Zahlen zitiert haben, wonach jährlich 2,1 Millionen Kranke an Bewegungsarmut leiden. Die Schweizerische Gesellschaft für Ernährung behauptet, dass ein Fünftel aller Mädchen zwischen sechs und zwölf Jahren übergewichtig sei. Das Bundesamt für Gesundheit geht davon aus, dass «schätzungsweise 20 % der Bevölkerung» an einer psychischen Krankheit leiden. Zudem erkranken «5–7 % der Bevölkerung» an Depressionen. Die Schweiz – reich, dick und schwermütig. Da muss Abhilfe geschaffen werden. Unter dem Deckmantel «Gesundheitsvorsorge» lassen sich tiefe Griffe in die Taschen der Steuerzahler rechtfertigen. Es komme günstiger, die Menschen vor Gefahren und Krankheiten zu warnen, als nachher teuer zu heilen oder auf den richtigen Weg zu bringen.



Kindern trägt diesem Thema Rechnung, wenn sie zum 11. Schweizerischen Familientag einlädt: Unter dem Titel **Süsse Versuchung – Familien zwischen Genuss und Verzicht** diskutiert auf dem Podium SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi (vier Kinder), Nationalrat und Mitglied der Eidgenössischen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, mit der Lebensmittelingenieurin Marianne Botta Diener (sechs Kinder) und dem Confiseur und Unternehmer Jürg Läderach (sechs Kinder). Mütter und Väter mit drei und mehr Kindern, aber auch Gäste sind herzlich willkommen.

Erziehung zum Verzicht ist nicht sehr gefragt und weit anstrengender, als widerstandslos nachzugeben. Versuchungen locken allüberall zwischen Kühlschrank und Internet, zwischen Einkaufszentrum und Kleinkrediten. Die Interessengemeinschaft Familie 3plus für Familien mit drei und mehr

Werbung



Die Interessengemeinschaft Familie 3plus lädt ein zum

11. Schweizerischen Familientag

**Samstag, 1. November 2008
11.15 Uhr, im Hotel Kreuz in Bern**

Süsse Versuchung: Familien zwischen Genuss und Verzicht

Erziehung zum Verzicht – Geniessen tut gut – Legale und illegale Süchte – Präventionskampagnen des Bundes und Eigenverantwortung

Eine Werte-Diskussion zwischen Müttern und Vätern mit drei und mehr Kindern

Auf dem Podium:

- **Marianne Botta Diener**, sechs Kinder, dipl. Lebensmittelingenieurin, Fachlehrerin ETH
- **Jürg Läderach**, sechs Kinder, Confiseur und Unternehmer
- **Toni Bortoluzzi**, vier Kinder, SVP-Nationalrat und Mitglied der Eidgenössischen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Moderation: Beat Schmid, sechs Kinder, lic. theol.

- 11.15: Begrüssung und Musik mit Reinhard Fuchsli
- 11.30: Eröffnung: Käthi Kaufmann-Eggler, Präsidentin IG Familie 3plus
- 11.35: Podiumsgespräch und Diskussion / separates Kinderprogramm mit Musik und Tanz
- 13.00: Gemeinsames Mittagessen
- 14.30: Familienquiz, Spiele und Musik mit Familie Fuchsli
- 15.30: Zusammensitzen, plaudern, Zvieri

Dank unseren Sponsoren ist die Teilnahme am Familientag (inkl. Mittagessen) gratis!

Anmeldung (bis spätestens Samstag, 20. Oktober 2008):

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Anzahl Erw.: ____ Anzahl Kinder (mit Jahrgang): _____

Talon senden oder mailen an:
IG Familie 3plus, Familientag, Postfach 4053, 8021 Zürich,
igfamilie3plus@bluewin.ch

IHRE TEXTE AUF ITALIENISCH

Übersetzung Ihrer deutschen, französischen, englischen und spanischen Texte in die italienische Sprache

Auf Wunsch gemäss Kostenvoranschlag

Sonderrabatt für die Leser von Klartext!

**Die Politik ist mein Hobby,
Übersetzungen sind meine Arbeit.**

Eros N. Mellini ist Sekretär der SVP-Kantonalpartei im Tessin – ein überzeugter und treuer SVPLer.



Eros N. Mellini – Übersetzungen
Postfach 6193, 6901 Lugano
Telefon 079 620 38 84
E-Mail: emellini@bluewin.ch



Microsoft®

ISOLIERT

INTEGRIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch